

Angst vor weiteren Bergsenkungen wächst

Bei einer Info-Veranstaltung der Hochwasser- und Infrastrukturschutz-Initiative am Niederrhein (HWS) in Birten ging es um den Rahmenbetriebsplan des Salzbergwerks von K+S in Borth. Viele Xantener sind besorgt.

VON ERWIN KOHL

XANTEN/RHEINBERG/ALPEN Der Salzabbau am Niederrhein soll ausgeweitet werden. Am 19. April endet die Offenlegungs-Frist der Planfeststellungs-Unterlagen, bis zum 19. Mai haben betroffene Bürger noch Zeit, ihre Einwände gegen den dann bis 2050 geltenden Rahmenbetriebsplan anzumelden. Was dieser Plan für die Region bedeutet, machte Hans-Peter Feldmann, Sprecher der Hochwasser- und Infrastrukturschutz-Initiative am Niederrhein (HWS) jetzt in der Gaststätte Zum Amphitheater in Birten deutlich: „Soweit bekannt, plant das Bergbauunternehmen K+S nach 2025 den Salzabbau unter Oberbirten und bis in die Kernstadt von Xanten fortzuführen. Geländesenkungen von bis zu 3,25 Metern werden prognostiziert.“

Dies führe laut Feldmann zu erheblichen Beeinträchtigungen der Infrastruktur, der Immobilien und neuen Problemen beim Hochwasserschutz. Bereits heute haben Bergsenkungen dazu geführt, dass weite Teile der Landschaft zwischen Duisburg und Emmerich unterhalb des Rhein-Niveaus liegen. „Mithilfe von rund 50 Pumpstationen befördert die Lineg das Wasser seit Jahren zurück in den Rhein. Diese Pumpen müssen bis in alle Ewigkeit laufen, ansonsten haben wir keine Möglichkeit, dem Wasser auszuweichen. Ich finde das verrückt und merkwürdig“, erklärt HWS-Mitglied Tanko Scholten, der sich über manche Absurditäten nur wundern kann: „Gerade erst wurde der Limes zum Weltkulturerbe erklärt. Die Bauer haben Vorgaben, wie tief sie Pflügen dür-



Blick auf Birten mit der B57 und dem Altrhein. Der Salzbergbau wandert unterirdisch Richtung Norden und hat Xanten erreicht.

RP-FOTO: ARNULF STOFFEL (ARCHIV)

RP vom 16.04.2022

fen, aber was 900 Meter tiefer passiert, ist erlaubt. Wenn zweimal am Tag unter unserem 800 Jahre alten Hof gesprengt wird, wackelt das Geschirr in den Schränken. Dafür interessiert sich kein Denkmalschutz.“

Für das Xantener Ratsmitglied liegt der Schwarze Peter in Düsseldorf: „Das sind schlechte Landesgesetze, die Bergbaurecht über die Rechte derjenigen stellt, die an der Oberfläche leben.“ Ähnlich sieht das auch die Birtenerin Walburga Baltes: „Es gibt ein Recht auf Leben, auf den Lebensraum der Menschen und deren Eigentum. Es wird höchste Zeit, dass die Politik tätig wird.“ SPD-Landtagsabgeordneter René Schneider stellte zunächst Grundsätzliches klar: „Wir wollen



Diese Besucher hörten sich in Birten an, was Bergbaugegner, Politiker und Vertreter des Deichverbands zum Thema zu sagen hatten.

RP-FOTO: ARMIN FISCHER

den Bergbau nicht dichtmachen, wir brauchen das Salz, die Industrie braucht es. Deshalb müssen wir mit dem Bergbau leben.“ Der Politiker sieht die Möglichkeiten der Einflussnahme eingeschränkt: „Wir haben ein Bundesberggesetz und das ist sehr stark. Früher gab es ein geflügeltes Wort: Bergrecht bricht Kriegsrecht. Es hieß damals wörtlich: Wir müssen alles dafür tun, unsere Bodenschätze auszubeuten. Und auch heute bricht dieses Recht tatsächlich zum Teil die Grundrechte der Menschen.“

Der Politik bleibe laut Schneider nur die Möglichkeit, an einzelnen Stellschrauben zu drehen und somit zum Beispiel eine materielle Absicherung zu schaffen. „Wir ha-

INFO

Einwände nach Arnsberg schicken

Einwand Einwände gegen den Rahmenbetriebsplan können in schriftlicher Form an die Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung Bergbau und Energie NRW, Goebenstraße 25, 44135 Dortmund geschickt werden. Die Initiative HWS rät: Fordern Sie darin unbedingt auch ihr Recht auf ein öffentliches Erörterungsverfahren für die Gemeinschaft der Einwender.

ben keine Antwort auf die Frage, wer für Schäden aufkommt, die in 100 Jahren am Xantener Dom entstehen und das wollen wir ändern“, so Schneider. Dafür soll ähnlich wie beim Steinkohlebergbau eine Stiftung gegründet werden. Und dann steht da immer noch die Forderung nach einer Schlichtungsstelle im Raum. „Wir als Politik wollen das nicht verpflichtend machen, aber man könnte die Einrichtung einer Schiedsstelle als Auflage in den Rahmenbetriebsplan schreiben“, sagt Schneider.

Mit Blick auf die „Niederrheinische Salzpfanne“, ein Rohstoffareal, dass sich bis nach Borken erstreckt, wundert sich ein Anwohner: „Es gibt so viele dünner besiedelte Gegenden, ich kann nicht verstehen, warum ein so wertvolles Kulturgut wie die Stadt Xanten gefährdet wird.“ Auch hier sei die Politik machtlos, erklärt Schneider: „Der Bergbaubetreiber darf beantragen, was er will.“ Die Suppe auslöfeln muss am Ende der Deichverband und mit ihm die zahlenden Anrainer. Deichgraf Viktor Paeßens (Deichverband Duisburg-Xanten) versicherte, nichts unversucht zu lassen, um die Menschen zu schützen. Wenn er aber mit ansehen müsse, wie der Bergbaubetreiber die Bemühungen seines Verbandes untergrabe, in dem er sogar unter den Deichen Salz abbaut, platze ihm die Hutschnur: „Wir haben dagegen prozessiert und verloren. Wir haben jetzt bis 2027 Zeit, die Deiche zu erhöhen.“